

Lehrer wehren sich gegen Sparbefehl

Die Ankündigung des Regierungsrats, auf die geplante Schaffung von 200 bis 250 Lehrerstellen zu verzichten, versetzt die Lehrerschaft in Aufruhr. Es sei denkbar, dass man wie vor einem Jahr erneut zu einer Grossdemonstration aufrufen wird, sagt Verbandspräsidentin Elisabeth Abbassi. Für sie steht fest: Weitere Sparmassnahmen im Bildungswesen, die zu einer Zusatzbelastung für die Lehrpersonen führen, sind «nicht verhandelbar». Beim Bildungsdepartement sind derweil noch keine näheren Angaben zu erhalten, wie die Verzichtsplannung überhaupt umgesetzt werden soll (Klassengrössen, Pflichtlektionen etc.) und welche Schulen/Schulstufen in welchem Umfang betroffen sein werden. Die Sparmassnahmen sollen frühestens ab dem übernächsten Schuljahr 2016/17 greifen. SEITE 26

Aargauer Zeitung, 8.5.15

Sparbefehl versetzt Lehrer in Aufruhr

«Nicht verhandelbar» Verzicht auf 250 Stellen gibt es für Lehrerschaft nur gegen Leistungsabbau in den Schulen

VON URS MOSER

4000 Lehrer und Eltern marschierten letztes Jahr vor dem Grossratsgebäude in Aarau auf, um gegen die Sparpläne von Regierung und Parlament im Bildungswesen zu protestieren. Bewirkt haben sie nicht allzu viel, trotzdem gut möglich, dass die Grossdemonstration eine Wiederholung erfährt. «Wenn die Regierung einen weiteren Zacken zulegt, müssen wir das auch», sagt Elisabeth Abbassi, Präsidentin des Lehrerverbands, zur Ankündigung des Regierungsrats, auf 200 bis 250 geplante Lehrerstellen zu verzichten.

Zusatzbelastung «inakzeptabel»

Für Abbassi ist klar: Sparmassnahmen, die zu einer zusätzlichen Belastung der Lehrpersonen führen, sind inakzeptabel. «Da lassen wir nicht mit uns verhandeln, das hätte hohe gesundheitliche Folgekosten», so Abbassi. Unter das Stichwort «unantastbare Arbeitsbedingungen» fällt auch die für nächstes Jahr bereits angekündigte Lohn-Nullrunde. Die Lehrerinnen und Lehrer kennen das Lohnsystem mit einem automatischen Dienstaltersanstieg. Beschliesst das Parlament eine Nullrunde, wird dieser Mechanismus ausser Kraft gesetzt, das läuft für die Lehrpersonen faktisch auf eine Lohnkürzung hinaus.

Die Folgen der sinkenden Attraktivität des Lehrberufs im Aargau erlebe sie als Schulleiterin hautnah, so Abbassi: «Auf eine seit drei Wochen ausgeschrie-



Eine Neuauflage ist denkbar: Grossdemonstration der Lehrerschaft vor einem Jahr.

ALEX SPICHALE

bene Heilpädagogik-Stelle ist noch keine einzige Bewerbung eingegangen.» Und als Werklehrer würden sich Bewerber «ohne jegliche pädagogische Qualifikation» melden.

Wie stellt sich der Regierungsrat den Verzicht auf 250 Lehrerstellen über-

haupt vor, für die man den Bedarf aufgrund der zu erwartenden Schülerzahlen nach bisheriger Planung ja für ausgewiesen hielt? Finanzminister Roland Brogli verwies am Mittwoch auf das Bildungsdepartement, das die entsprechenden Entlastungsmassnahmen er-

greifen» werde, die zu einer Reduktion des Bedarfs führen. Eine Nachfrage dort bringt nicht mehr Klarheit. Die Umsetzung der Sparvorgaben läuft erst an. Klar ist: Kurzfristig, sprich für das nächste Schuljahr, hat der Sparbeschluss noch keine Konsequenzen. Da-

für sei die Planung bereits abgeschlossen und es sei auch denkbar, dass einzelne Massnahmen Dekrets- oder sogar Gesetzesänderungen bedingen, sagt BKS-Sprecherin Simone Strub. Deshalb sei eine Umsetzung frühestens auf das Schuljahr 2016/17 möglich. Fest steht, dass sich die Verzichtsplanning auf alle Schulstufen inklusive Mittelschulen und kantonale Berufsfachschulen erstrecken soll. Welche Schulstufe mit wie vielen Lehrerpensen betroffen sein wird, ist aber ebenfalls noch völlig offen.

Nur mit Leistungsabbau möglich

Der Fantasie sind Grenzen gesetzt, um Lehrerpensen einzusparen, gibt es nicht allzu viele Hebel. Die Pensenzahl sinkt, wenn die von den Lehrern für ein Vollpensum geforderten Pflichtlektionen erhöht werden. Oder man führt weniger Schulklassen, erhöht also die Klassengrössen. Oder man baut Lektionen ab, zum Beispiel durch eine Reduktion des Wahlfachangebots.

Nach der Ansage von Präsidentin Elisabeth Abbassi ist klar: Die zwei ersten Varianten werden auf erbitterten Widerstand des Lehrerverbands stossen. Im Bildungswesen weiter zu sparen sei nur mit einem Leistungsabbau im Bildungsangebot möglich, den der Regierungsrat gegenüber der Öffentlichkeit auch klar ausweisen müsse, sagt Abbassi. Und sie glaube nicht, dass die Bevölkerung damit einverstanden wäre.

KOMMENTAR MEINUNGSSEITE